

» völkisch, sendungsbewusst und bio

Rechtsextremismus hatte lange Jahre klare Bilder und feste Orte. Er wurde als eindeutig erkennbar erlebt, schien sich in genau abgrenzbaren Sphären der Gesellschaft zu ereignen und in der Regel griff man zu vergleichsweise einfachen Abwehrstrategien dagegen. Inzwischen aber versuchen viele rechtsextreme Akteure, ihren ideologischen Hintergrund zu verharmlosen, ihre Ziele zu verschleiern. Sie vermeiden dadurch negative Reaktionen und Sanktionen beziehungsweise erhalten sich auf diese Weise möglichst viele Handlungsspielräume. Ihre Strategie ist die des sprichwörtlichen ‚Wolfes im Schafspelz‘ geworden.

I. Die Strategie der Unsichtbarkeit

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe rechtsextremer Parteien, Gruppen und Vereine wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten. Der Versuch, mit der NPD die derzeit wichtigste rechtsextreme Partei in Deutschland zu verbieten, scheiterte 2003 lediglich aus formalen Gründen und wird seit 2013 in einem zweiten Anlauf erneut betrieben. Diese Verbote blieben in der rechtsextremen Szene nicht ohne Resonanz, denn sie machten den Akteuren deutlich, dass formelle Strukturen und Mitgliedschaften unter Umständen schnell Gegenstand von staatlicher Untersuchung oder Repression werden können. Partei- und Vereinsstrukturen werden nicht aufgegeben, sie bleiben die Voraussetzung für zum Beispiel die Teilnahme an Wahlen oder die Inanspruchnahme von Steuervorteilen und Fördermitteln, unterdessen wurden und werden aber weniger fassbare Strukturen aufgebaut, wie etwa die sogenannten Kameradschaften, die weitestgehend ohne Vereinseinträge, Mitgliedschaften und Ähnliches auskommen. Zwar vermeiden es viele dieser informellen Gruppen damit, sich juristisch greifbare Strukturen zu geben, doch sind sie in der Regel eindeutig als das erkennbar, was sie sind: feste Gruppen überzeugter Rechtsextremistinnen und -extremisten. Juristische Repressionen bleiben hier weitgehend aus, aber die soziale Randstellung der Gruppen ist virulent, da sie offen eine rechtsextreme Haltung vertreten.

Auch aus dieser Erfahrung werden inzwischen Schlüsse gezogen und das Bild des Rechtsextremismus wandelt sich erneut:

Ein beträchtlicher Teil der rechtsextremen Akteure versucht heute nicht mehr nur, eine juristische Greifbarkeit zu vermeiden, sondern ihre Erkennbarkeit als Rechtsextremistinnen

und -extremisten überhaupt zu verhindern, um so weitgehend unbehelligt in Gemeinden und Initiativen mitwirken zu können.

Ein Beispiel dafür sind völkisch-nationalistische Netzwerkstrategien, für die das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu einem wichtigen Erprobungsgebiet wurde.

II. Rechtsextreme Siedlungsgruppen und ihr regionaler Zulauf

Anfang der 1990er zogen zwei Gemeinschaften mit rechtsextremen Bezügen nach Mecklenburg-Vorpommern: eine Gruppe kaufte Immobilien im Großraum Güstrow. Sie wollte nach eigenem Bekunden dort die Nachfolge der historischen ‚Artamanen‘ antreten, einer völkischen Siedlungsbewegung der 1920er-Jahre, zu deren Anhängern unter anderem SS-Chef Heinrich Himmler und Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß zählten, und die in der Region einen Schwerpunkt hatte. 2005 schilderte die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ die Erfolge der Gruppe: „gleichgesinnte Familien“ hätten eine „Siedlungsbewegung“ begründet, die der Umgebung „ihren Stempel aufdrücken“ wolle. Weitere Mitstreiter/innen würden ständig gesucht – sogar per Zeitungsannoncen, denn um wirklich etwas bewegen zu können, sei „eine bestimmte Masse“ notwendig¹.

Ungefähr zeitgleich siedelten führende Köpfe des westdeutschen Rechtsextremismus auch in der Gegend um Lübbtheen. Dort, in der Nähe eines einstigen Musterdorfs der Nationalsozialisten, kaufte der spätere Fraktionsvorsitzende der NPD im Schweriner Landtag 50 Hektar Land: „Deutsche Familien will er ansiedeln: im Park mit den deutschen Eichen, den Buchsbäumen und dem kleinen Weiher, U-förmig um sein rotes Backsteinhaus herum. Sein ganz eigenes deutsches Musterdorf“².

Diese ersten Siedlungsgruppen wuchsen durch Zuzüge weiter an und auch in anderen Regionen kam es zu vergleichbaren Entwicklungen. Die Anzahl und Geschwindigkeit dieser Zuzüge weisen deutlich darauf hin, dass Mecklenburg-Vorpommern eine *Modellregion für völkische Siedlungsstrategie* geworden ist. In den Medien ist mittlerweile

Aus Sicherheitsgründen verzichtet die Autorin auf ein Personenfoto.

Elisabeth Siebert

Evangelische Akademie der Nordkirche
www.akademie.nordkirche.de

Leiterin Regionalzentrum für demokratische Kultur
Landkreis und Hansestadt Rostock

¹ Vgl. Schmidt, M.: Steine sammeln für ein neues Leben. In: Junge Freiheit, 08.04.2005.

² Vgl. Wittrock, P.: NPD-Basis Lübbtheen – Siegeszug der braunen Siedler. www.spiegelonline.de, 26.09.2006.

von einer „Art Wendland oder Toskana der rechts-extremen Szene“³ die Rede, vom „Siegeszug der braunen Siedler“⁴ im Nordosten. Ein Internetportal, das ein Mitglied der NPD-Landtagsfraktion verantwortet, bestätigt die Verbreitung der Gruppen: „Sie leben in festen Gemeinschaften im Landkreis Rostock, in Ludwigslust, Nordwestmecklenburg, Ostvorpommern und selbst auf Rügen. Völkische Siedler erobern jene Regionen, die besonders stark vom Verfall und anhaltender Landflucht betroffen sind. Sie bringen Kinder mit, betreiben ökologische Landwirtschaft, arbeiten im Handwerk und im Baugewerbe. Sie engagieren sich in den Gemeinden vor Ort, pflegen Kultur und üben deutsches Brauchtum“⁵.

Bei den Gruppen handelt es sich um feste, familienähnliche Strukturen. Die Personen sind untereinander gut vernetzt und teilweise auch miteinander verwandt. Die Zugezogenen entstammen mehrheitlich Familien, deren völkisch-nationalistische Ausrichtung häufig seit mehreren Generationen besteht. Die Einbindung in verschiedene völkische Bezüge und die regelmäßige Teilnahme an Treffen sind quasi familiäre Konstanten. So wurden beispielsweise einige der Siedler/innen von ihren Eltern in die 1994 verbotene „Wiking-Jugend“ oder in die 2010 verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend“ eingegliedert, wo sie später selbst als Betreuungspersonal wirkten. Ein sogenanntes ‚Sittengesetz‘ gebietet sogar eine ‚gleichgeartete Gattenwahl‘ als Gewähr für ‚gleichgeartete Kinder‘⁶ und tatsächlich haben sich viele Ehepartner in den entsprechenden Strukturen kennengelernt. Sie schicken auch ihre Kinder zu völkischen Schulungen und Fahrten. Um eine Entwicklung der Kinder in gewünschter Weise zu sichern, folgt die Kinderbetreuung und -erziehung in der Regel festen Vorgaben und wird als eine kollektive Aufgabe wahrgenommen.⁷ Wichtigstes Erziehungsziel sind für Mädchen und Jungen gleichermaßen: Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit, also die bedingungslose Unterordnung unter Werte und Ziele der Gemeinschaft.⁸

Ein wichtiges Bindeglied der Strukturen sind die klar umrissenen Vorstellungen von einem naturgemäßen und artgerechten Leben, die Unterteilung von Menschen in verschiedene Arten und Wertigkeiten und das Selbstverständnis, selbst zu einer besonders wertvollen Menschenart zu gehören. Ebenso klar sind die Urteile bezüglich der Minderwertigkeit anderer Menschengruppen oder Lebensweisen.⁹ Diese Überzeugungen haben einen religiös anmutenden Stellenwert und werden vor allem durch den Verein „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung“ repräsentiert. Dieser *eingetragene Verein ist nach eigenen Angaben* die größte heidnische Gemeinschaft Deutschlands. Wegen der Verbreitung völkisch-rassistischer und antisemitischer Gedankenguts wird sie durch den Verfassungsschutz beobachtet. Der Vereinsvorsitzende zog 2009



mit seiner Familie nach Mecklenburg-Vorpommern.

Die Mehrzahl der Siedler/innen entstammte westdeutschen Familien mit völkisch-nationalistischen Hintergründen. Berührungspunkte oder Überschneidungen mit den regionalen rechtsextremen Kameradschaften und ähnlichen Gruppen blieben zunächst eher die Ausnahme. Die kultivierte Volkstumpflüge, das teilweise entbehrungsreiche Familienleben auf dem Lande und der maßvolle Umgang mit Alkohol wirkten zunächst nicht anziehend auf die jungen, erlebnisorientierten Gruppen der Region. Das hat sich offenbar geändert. Zentrale Aspekte der völkischen Weltanschauung, vor allem die Opferbereitschaft und der Gemeinschaftssinn der Netzwerke, sind inzwischen auch in Schriften und auf den Webseiten der regionalen Szene zu vorbildhaften Orientierungsgrößen geworden. Die Gruppengeflechte sind inzwischen bunt zusammengesetzt: aus Familien, Einzelpersonen und Freundeskreisen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik, der Schweiz und den Niederlanden zugezogen sind, und aus Einheimischen mit einer rechtsextremen Sozialisation in der Kameradschaftsszene oder in der NPD.

III. Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Regionen

Als die neuen Nachbarinnen und Nachbarn begannen, in Sport- und Kulturvereinen, Bürgerinitiativen, Schulen, KiTas, Elterninitiativen, Kirchengemeinden etc. ihre ethische und politische Grundhaltung einzubringen, kam es dort vermehrt zu Diskussionen.

Die zentrale Frage war und ist: Handelt es sich mehrheitlich um Aussteiger/innen, deren Ansichten zwar teilweise provokant und abstoßend sind, die aber im Grunde keinen größeren Schaden anrichten können? Ist nicht auch ihr Recht auf Freiheit der Meinung und Lebensgestaltung zu schützen, im Interesse der demokratischen Freiheitsrechte? Oder verfolgen die neuen Nachbarinnen und Nachbarn einen wohlüberlegten Plan der Infiltration, Unterwanderung und Täuschung und instrumentalisieren sie wohlmeinende Mitmenschen, um fundamentale Menschenrechte anzugreifen? Muss eine wehrhafte Demokratie nicht bereits solchen Anfän-

³ Vgl. Posener, A.: Die netten Ökofaschisten. In: Welt am Sonntag, 12.12.2010.

⁴ Vgl. Wittrock (2006), a. a. O.

⁵ Vgl. <http://www.mup-info.de>, 12.01.2012.

⁶ Vgl. <http://www.asatru.de/das-sittengesetz-unserer-art>

⁷ „Der Einzelne ist angesichts der ‚Miterzieher‘ und ‚Gegenerzieher‘ in Schule, Presse, Fernsehen oft nicht in der Lage, eine artgemäße Erziehung seiner Kinder sicherzustellen.“ (Vgl. <http://asatru.de/infomaterial/inhalt/artgemeinschaft-faq.pdf>)

⁸ „Wir sollten sehr auf unsere Kinder achten, denn die Kollaborateure unserer Feinde sitzen nicht nur in den Kirchen, Funkhäusern und Parteizentralen, sondern auch in den Schulen. Wir dürfen nicht dulden, dass sie sich der Gehirne unserer Kinder bemächtigen. Denn wir wissen: Wenn unsere Kinder uns erst einmal verloren gegangen sind, dann können mutige Taten, oder ganz einfache Taten zur eigenen Selbsterhaltung von ihnen nicht mehr erwartet werden“ (Vgl. <http://asatru.de/infomaterial/inhalt/artgemeinschaft-faq.pdf>)

⁹ „Seit Weiß und Schwarz sich sahen, haben sie eine Abscheu voreinander. Seit sie sich kennenlernten, verachten sie sich. Vor dem Gesetz mögen sie gleich sein, aber sie hassen sich unbändig“ (Vgl. <http://www.asatru.de/die-zukunft-des-artglaubens>)

gen entgegenwirken, bevor erneut eine demokratiefeindliche Bewegung erstartet?

Im Ringen um das richtige Agieren entstehen in den Regionen erhebliche Spannungen. Die Kontroverse polarisiert und eignet sich auch gut, um alte Meinungsverschiedenheiten oder das längst überwunden geglaubte „Wessi-Feindbild“ wiederzubeleben.

Verschwimmende Grenzen, Gerüchte und Misstrauen

Über die neuen Netzwerkstrukturen ist der Rechts-Extremismus Teil der Alltagswelt geworden: die völkische Weltanschauung ist in Bürgerinitiativen, Vereinen, Kirchenstrukturen, Schulen und Kindertagesstätten präsent. „Es herrscht ein Klima des Auserwähltseins. Sendungsbewusst sollen die Menschen in den Dörfern missioniert werden“¹⁰. Die Neuen im Dorf gehören zur Nachbarschaft oder sind Geschäftspartner/innen, die freundlich zu geselligen Abenden einladen. Sie sind kompetente Kolleginnen und Kollegen oder interessante Kundinnen und Kunden. Sie möchten im Chor mitsingen oder einem Verein beitreten. Die Artgemeinschaft empfiehlt auch: „Wir können kleine Gruppen bilden, die wissen, was sie wollen. Persönlich können wir ‚infiltrativ‘ wirken, in Vereine, Gesellschaften, Gruppen gehen und dabei viele Mitmenschen über die erkannten Zusammenhänge nachdenklich machen, ihnen Denkanstöße geben, ihnen naturnahe Ansichten darstellen, sie letztlich ‚zu sich selbst führen‘“¹¹. So stellt sich den Menschen in der Region etwa die Frage: Ist das Interesse am kommunalpolitischen Stammtisch einer Partei oder Bürgerinitiative ehrlich oder müssen die Aktiven bei jedem neuen Gesicht Unterwanderung befürchten? Soll man sich nun freuen, dass endlich ein engagierter Junglandwirt zur Bürgermeisterwahl antritt oder muss einem Angst um die Gemeinde werden, weil seine wirklichen politischen Pläne vielleicht erst später offenkundig werden? Ist der politische Hintergrund der regionalen Initiative gegen Gentechnik oder Massentierhaltung eher „grün“ gefärbt oder doch vielleicht „braun“?

Es gehört zum Alltag in den Regionen, dass rassistische, antisemitische, homophobe oder in anderer Form abwertende Haltungen unerwartet in den verschiedensten Kontexten spürbar werden. Immer wieder wird daher gemutmaßt: ‚Wer gehört da noch dazu?‘ – ‚Was wollen die wirklich?‘ Unsicherheit, Misstrauen, Vereinzelung und Rückzug nehmen zu.

Einschüchterung, Angst und militante rechtsextreme Gruppen

Die mediale Berichterstattung über den Hintergrund der Netzwerke hat in den letzten zehn Jahren viele Fakten recherchiert, Zusammenhänge aufgedeckt und über Motive und Ziele der Gruppen spekuliert und diskutiert. Das entstandene Panorama wirkt auf viele Menschen in den betroffenen Regionen einschüchternd. Inzwischen gibt es vor

Ort auch handfeste Bedrohungs- und Einschüchterungserfahrungen: hartnäckige Kontakt- und Einbindungsversuche, anonyme Bedrohungen und Beleidigungen per Telefon, Email oder Brief, Konfrontationen in Gemeinderatssitzungen oder Elternversammlungen, Verbalattacken oder aggressive „Besucher“ am Arbeitsplatz und zu Hause, rufschädigende Gerüchte im Wohnumfeld, im Bekannten- oder Kollegenkreis sowie juristische Drohkulissen und Beschwerden bei Vorgesetzten. In Einzelfällen mussten Personen sogar schon unter Polizeischutz gestellt werden.¹²

Die Artgemeinschaft bekommt auch Zulauf seitens militanter Neonazis (etwa aus verbotenen Strukturen wie ‚Blood&Honour‘ oder der ‚Nationalistischen Front‘) und laut Medienberichten gibt es auch Verbindungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)¹³. Es ist bezeichnend, dass Medien und Wissenschaft vor Ort nur schwer Gesprächspartner/innen finden, die offen über ihre Erfahrungen reden.

Pädagogische Herausforderungen

Der Versuch, eigene Grundschulen zu unterhalten, konnte von den Zugezogenen zunächst nicht umgesetzt werden, aber es gelang, die Kinder an einigen wenigen Einrichtungen konzentriert anzumelden. Vielleicht überrascht es auf den ersten Blick, dass von den neuen Gemeinschaften vor allem kleine, freie Schulen, am besten mit konfessioneller oder reformpädagogischer Ausrichtung, bevorzugt und dafür auch längere Fahrzeiten in Kauf genommen werden. In mehr als einem Fall kam es schon zu erheblichen Auseinandersetzungen mit und innerhalb der Kollegien, der Elternschaft und der Schulträger. Verschiedene Schulwechsel schlossen sich an, Medien sprachen sogar von einem „Schulstreit im Nordosten“¹⁴.

Der Umgang mit den Kindern aus den völkischen Familien ist für die Verantwortlichen in KiTa und Schule, in Hort und offener Jugendarbeit, für Familienhilfe, Erziehungsberatungsstellen und die Jugendämter eine große Herausforderung. So fragt man sich: Ist es vorteilhaft, wenn nur einige wenige Einrichtungen sich der Aufgabe stellen, Kinder aus diesen Familien aufzunehmen, oder ist es sinnvoller, wenn möglichst viele verschiedene KiTas und Schulen kleine Gruppen oder sogar nur einzelne Kinder aufnehmen? Wie können die Kinder in geeignete Strukturen und Institutionen integriert werden? Und wie ist zumindest zu vermeiden, dass diskriminierende Haltungen Teil des Alltags werden? So berichten Schulen und Kindertagesstätten von Müttern, die sich in der Elternvertretung engagieren, für das Schulfest kochen und backen, ehrenamtlich die Theater-AG organisieren oder bereitwillig Fahr- und Betreuungsdienste leisten. Vielen ist aber gar nicht wohl dabei, wenn dabei durch Randbemerkungen oder „Scherze“ immer wieder Aspekte einer ausgrenzenden und abwertenden

¹⁰ Vgl. Röpke, A./ Benkhalouf, D. (2012): Braune Biokost – Rechte Siedler im Nordosten. <http://www.ndr.de>, 24.08.2012.

¹¹ Vgl. <http://www.asatru.de/die-zukunft-des-artglaubens>

¹² „Die Artgemeinschaft ist kein ‚Schönwetterverein‘, der friedlich, fröhlich, fromm und betulich bei Kaffee und Kuchen ein wenig von der Vergangenheit schwärmt – vorausgesetzt, er wird von seinen Feinden in Ruhe gelassen. Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeit einer artgemäßen Lebensführung seiner Menschen kämpfen muss“ (s. o. A.)

¹³ Ende 2012 wurde die Spezialeinheit GSG 9 zur Festnahme eines Bundespolizisten eingesetzt, der Mitglied der Artgemeinschaft war. Laut Medienberichten „(...) war der Rosenheimer seit 2011 im Visier des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er habe sich in dem rechtsextremen Verein ‚Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung‘ engagiert.“ (vgl. <http://www.rosenheim24.de>, Rechter Polizist „potenziell gewalttätig“, 19.11.2012). Vgl. auch: Röpke, A.: Gefährliche Heidentruppe. In: Blick nach rechts, 27.06.2013.

¹⁴ Vgl. <http://www.deutschlandfunk.de/schulstreit-im-norden>, 13.09.2012.

Weltanschauung präsent sind und die Verantwortlichen schauen lieber zweimal hin, welche Stücke in der Theater-AG auf dem Spielplan stehen. Aber was tun, wenn ein Kind zum Beispiel Puppen mit dunkler Haut übel tituliert und es ablehnt, damit zu spielen? Wie reagieren, wenn ein Mensch mit körperlichem oder geistigem Handicap als ‚lebensunwert‘ bezeichnet wird? Was tun, wenn Kinder wegen alleinerziehender Eltern oder eines gleichgeschlechtlichen Elternpaares beleidigt werden? Vergleichbar komplex ist auch die Aufgabe, die sich den anderen Eltern stellt: Wie können sie ihrer/m Erstklässler/in erklären, dass sie zur Familie ihrer neuen besten Freundin, seines neuen besten Freundes Distanz halten wollen? Darf das eigene Kind zur Sonnenwendfeier oder zum Kindergeburtstag auf einen der Höfe? Wie reagieren auf Sätze wie ‚Mädchen dürfen das nicht‘? Was tun, wenn das pubertierende Kind eine Nähe zu den Siedlungsgruppen als Provokationspotential nutzt?

Verschärft wird diese Problematik durch das professionelle Engagement rechtsextremer Personen im pädagogischen Bereich. Einerseits wird der Aufbau eigener pädagogischer Infrastruktur weiter verfolgt: Die Pläne für eine eigene Grundschule ließen sich zwar bislang nicht realisieren, doch es ist anzunehmen, dass sie weiter vorangetrieben werden. Andererseits sind Institutionen in staatlicher und privater Trägerschaft der Gegenstand rechtsextremen Interesses: nicht nur als Orte für Kinder und Elternengagement, sondern auch durch Bewerber/innen für pädagogische Berufe, die ihr rechtsextremes Weltbild institutionell weitergeben wollen.

Bereits seit längerem wird in rechtsextremen Strukturen dazu aufgerufen, pädagogische Ausbildungen zu absolvieren. Das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern sah sich inzwischen sogar dazu veranlasst, eine Regelung einzuführen, die versucht sicherzustellen, dass KiTas nicht durch rechtsextreme Strukturen betrieben oder unterwandert werden.¹⁵

Auswirkungen auf wirtschaftliche Bezüge

Niedrige Immobilien- und Landpreise, gute Förderbedingungen, eine vergleichsweise schwache Infrastruktur und daraus resultierende Nischen und Leerstellen machen Mecklenburg-Vorpommern für den Netzwerkaufbau von Rechtsaußen attraktiv. Die völkischen Netzwerke kaufen zusammenhängende Grundstücke und Immobilien. Sie kaufen oder pachten in nennenswerter Größenordnung Acker- und Weideland sowie Waldgebiete. Und so müssen die Menschen der Region auch in wirtschaftlichen Lebensbereichen immer mehr nach ihren Kriterien für Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehungen fragen: Ist beim Verkauf von Gemeindegrund-

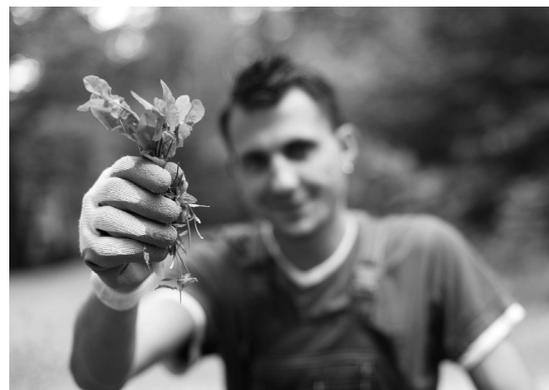
stücken nur die Höhe des Gebots entscheidend, selbst wenn rechtsextreme Gruppen dadurch halbe Dörfer erwerben? Was ist zu tun, wenn die Beantragung von Fördermitteln in immer größerem Rahmen erfolgt, zum Beispiel im Bereich der regenerativen Energien? Ist bei Vergaben von Aufträgen der öffentlichen Hand tatsächlich nur der günstigste Kostenvoranschlag entscheidend, auch wenn dann ein/e Rechtsextremist/in die Software der Gemeindeverwaltung installiert oder die neue KiTa baut? Genügt die fachliche Eignung der Kollegin, des Kollegen oder ist auch ihr/sein ethisch-politischer Hintergrund für das Betriebsklima wichtig?

Zudem konsumieren und produzieren die Netzwerkstrukturen erfolgreich Waren und Dienstleistungen. Sie arbeiten als Handwerker/innen oder Landwirtinnen und -wirte, erzeugen oder vertreiben Bio-Produkte, sind Landschaftsgärtner/innen, Rechtsanwältinnen und -anwälte, Architektinnen und Architekten, Hebammen oder Energietechniker/innen, kaufen und verkaufen Lebensmittel, Bücher, Kleidung, Werkzeug, Baustoffe, Saatgut usw. Und so fragt sich etwa:

Reicht es, dass die Möhre ‚bio‘ ist oder ist nicht auch darauf zu achten, in welche Strukturen der Erlös fließt?

Die rechtsextreme Präsenz droht in den Regionen zu Imageschäden und wirtschaftlichen Einbußen zu führen. Genau lässt sich der bisher entstandene wirtschaftliche Schaden kaum beziffern.¹⁶

Diese Sorge um Imageschäden erschwert aber auch eine offene Diskussion der Problematik. Besonders ist dies in zwei Branchen spürbar, die in besonderem Maße auf ein positives Image angewiesen sind: die Biowirtschaft und der Tourismussektor. Manch ein Hotel oder Bioladen hat (unwissend oder nicht) Lieferanten, auf deren ideologische Ausrichtung viele Gäste und Kunden bestürzt reagieren würden. Und auch bei Kunstausstellungen, auf Mittelalter-, Oster- oder Weihnachtsmärkten sind völkische Akteure vertreten. Immer wieder finden sich dort rechtsextreme Symbole unter den Exponaten und Verkaufsgegenständen.



¹⁵ Seit 2010 müssen alle Träger von Kindertageseinrichtungen schriftlich erklären, dass sie und ihr Personal sich zum Grundgesetz bekennen.

¹⁶ Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern beschrieben 2010 in einer gemeinsamen Broschüre „Die NPD – Eine Gefahr für soziale Marktwirtschaft, Betriebe und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern“ die Effekte eines rechtsextremen Klimas als negativen Standortfaktor. Allein der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern rechnet vor, dass das Bundesland ohne sein rechtsextremes Images pro Jahr 400.000 Urlauber/innen mehr begrüßen könnte.